

100 Tage neue SPD/FDP-Regierung

100 Tage ist die neue Regierung Schmidt/Genscher im Amt. Es ist parlamentarischer Brauch, eine neue Regierung während dieser Zeitspanne ihre Pläne für die folgende Legislaturperiode entwickeln zu lassen. Nun ist die Schonzeit vorbei. Die Opposition muß Bilanz ziehen. Ihr Ergebnis läßt Rückschlüsse zu, was von der SPD/FDP-Regierung bis 1980 zu erwarten ist.

1. SPD und FDP haben mit Tricks und Unregelmäßigkeiten sowie falschen Behauptungen eine knappe Mehrheit bei der Bundestagswahl am 3. Oktober zustande gebracht.

Wahlpropaganda

Das Bundesverfassungsgericht hat bestätigt, daß die SPD/FDP-Bundesregierung das Geld der Steuerzahler dazu mißbraucht hat, eine Flut von Wahlpropaganda über die Bundesrepublik Deutschland zu ergießen. So haben sich die Koalitionsparteien einen finanziellen Vorsprung vor der Union verschafft. Die Propagandaflut der Regierung hatte mit Sicherheit Einfluß auf die Wahlentscheidung zahlreicher Bürger. Eine einseitige parteipolitische Beeinflussung der Wähler durch die Regierung verstößt jedoch gegen unsere Verfassung. Die Mehrheit von SPD und FDP im

Bundestag ist folglich nicht zuletzt durch einen Verfassungsbruch zustande gekommen.

Rücktritte

Der Rücktritt von Ministerpräsident Osswald drei Minuten nach Schließung der Wahllokale und die Bekanntgabe des Rücktritts von Bundesarbeits- und Sozialminister Arendt kurz nach der Kanzlerwahl sollten das politische Scheitern zweier führender Vertreter der SPD verschleiern, bis die jeweilige Wahl abgeschlossen war.

Lügen

Immer wieder wurde den Wählern von der SPD/FDP die Unwahrheit gesagt. Es wurde keine Gelegenheit ausgelassen, Vertreter der Union zu diffamieren. Da war zum Beispiel das böse Wort vom „Zurückschießen“. Heute ist gerichtlich festgestellt, daß Bundeskanzler Schmidt die Unwahrheit gesagt hat.

Das Ausbildungsplatzförderungsgesetz der SPD/FDP-Regierung wurde als einziges Allheilmittel hingestellt, um in Zukunft Ausbildungsplätze für Jugendliche zu garantieren. Heute wissen alle, daß damals die Regierung falsche Zahlen und Fakten benutzt hat. Deshalb wird das Kernstück des Ausbildungsplatzförderungsgesetzes, nämlich die Berufsbildungsabgabe der Betriebe, jetzt nicht verwirklicht. Im Hauptausschuß des von der Bundesregierung neu geschaffenen Bundesinstituts für Berufsbildungsforschung sind selbst die SPD-regierten Länder Hessen und Nordrhein-Westfalen von der geplanten „Lehrlingsabgabe“ abgerückt.

Nur die Union hatte im Wahlkampf den Mut, die Finanzierungsprobleme der Renten- und Krankenversicherung anzusprechen. Dafür wurde sie von der SPD/FDP bezichtigt, eine Politik der Panikmache und der sozialen Demontage zu betreiben. Erst nach der Wahl deckte die SPD/FDP die Karten auf. Jetzt wurde klar, daß die Finanzierungsprobleme noch viel schwerwiegender sind, als es von der Union befürchtet worden war.

2. 100 Tage falsche Politik

Renten- und Krankenversicherung

Da die SPD/FDP bis zum 3. Oktober die Finanzierungsprobleme der Renten- und Krankenversicherung nicht zur Kenntnis nahm, konnte sie am 4. Oktober auch nicht wissen, wie die Probleme zu lösen sind. Vor der deutschen Öffentlichkeit

spielte sich daher ein Hin und Her ab, das nur noch den Namen „Flickschusterei“ verdient:

9. Dezember 1976:

In den Koalitionsverhandlungen einigen sich SPD und FDP auf ein Sanierungsprogramm mit dem Kernstück, die versprochene Rentenerhöhung vom 1. Juli 1977 auf den 1. Januar 1978 zu verschieben.

11. Dezember 1976:

Nach einer Protestwelle in der Öffentlichkeit wird der Beschluß vom 9. Dezember zurückgenommen und neue Vorschläge unterbreitet.

14. Januar 1977:

Nach schweren Spannungen zwischen SPD und FDP wird ein neuer Beschluß der Koalition verkündet.

23. Januar 1977:

Eine „Aktualisierung“ der Sanierungspläne wird bekanntgegeben. Danach sollen die neue Rente ab 1978 und die Rentenanpassung ab 1979 niedriger ausfallen.

Der Gesetzentwurf, der schließlich von der SPD/FDP-Regierung vorgelegt wurde, kann nicht die Krise der Sozialversicherung lösen und ist darüber hinaus unsozial und ungerecht. Die SPD/FDP will künftig niedrigere Renten und trifft dabei insbesondere Kleinrentner. Viele Probleme sollen dadurch gelöst werden, daß sie von der Rentenversicherung auf die Krankenversicherung geschoben werden. Dies bedeutet, daß sich die SPD/FDP-Regierung aus ihrer Verantwortung für die Rentenfinanzierung herausstiehlt und die Lösung dieser schwerwiegenden Probleme den Selbstverwaltungsorganen der Krankenversicherung überläßt.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat dagegen mit ihren Vorschlägen vom 15. März bewiesen, daß die Finanzierung der Renten- und Krankenversicherung für die Zukunft gesichert werden kann, ohne an dem bewährten System der brutto-lohnbezogenen Rente zu rütteln.

Arbeitslosigkeit

Im Wahlkampf erweckte die SPD/FDP den Eindruck, als seien die Probleme der Arbeitslosigkeit nur durch die internationale Wirtschaftslage verursacht und würden durch die hervorragende Wirtschaftspolitik der SPD/FDP bald der Vergangenheit angehören. Der Winter brachte uns jedoch über 1,2 Millionen Arbeitslose. Nun will die SPD/FDP-Regierung den Bürgern weismachen, daß die Arbeitslosigkeit

durch ein öffentliches Investitionsprogramm schnell beseitigt werden könne. Dabei hoffen der Bundeskanzler und seine Minister auf die Vergeßlichkeit. In der Regierungserklärung wurde nämlich noch ausgeführt, daß dieses Programm mittelfristig angelegt sei und auch nur mittelfristig die Beschäftigungsprobleme lösen könne.

Finanzpolitik

In der Finanzpolitik besteht die Bundesregierung auf der Erhöhung der Mehrwertsteuer. Sie sollte bereits zu Beginn des Jahres 1977 in Kraft treten. Das hat die Union verhindert. Jetzt will die SPD/FDP-Regierung die Mehrwertsteuererhöhung ab Januar 1978 durchsetzen. Auch dazu sagt die CDU nein. Eine weitere Abgabenbelastung ist den Bürgern nicht mehr zuzumuten. Außerdem ist der Steuererhöhungsplan der SPD/FDP wirtschaftspolitisch falsch. Das wäre nämlich die Folge:

Höhere Mehrwertsteuer verursacht höhere Preise;
die Preise treiben die Löhne;
höhere Löhne bedeuten Kostensteigerungen für die Unternehmen;
Kostensteigerungen verschlimmern die Investitionsschwäche der Wirtschaft;
Die Investitionsschwäche verkleinert die Zahl der Arbeitsplätze.

Damit die Steuererhöhung für die Bürger schmackhafter wird, will die SPD/FDP etwa die Hälfte der Mehreinnahmen von 12,4 Milliarden DM zum Stopfen von Haushaltslöchern verwenden, die durch eine unsolide Haushaltspolitik in den letzten Jahren entstanden sind. Immerhin stieg die öffentliche Gesamtverschuldung von 163 Milliarden DM 1973 auf 300 Milliarden DM Ende 1976. Die andere Hälfte der Steuereinnahmen soll als Steuerentlastung die Bürger für das Steuerpaket ködern.

Schließlich enthält das Steuerpaket der SPD/FDP-Bundesregierung noch einen Trick. Zwar würde der Bund durch die Mehrwertsteuererhöhung große Mehreinnahmen erhalten. Die Länder und Gemeinden hätten jedoch weniger öffentliche Mittel zur Verfügung als heute. Allein die Gemeinden hätten Mindereinnahmen von 1,1 Milliarden DM.

Konzeptionslosigkeit

Wie in den sieben vorausgegangenen Jahren hat die SPD/FDP-Regierung auch in den ersten 100 Tagen dieser Legislaturperiode in verschiedenen wichtigen Bereichen kein Konzept für eine zukunftsorientierte Politik entwickeln können. So weiß diese Regierung z. B. nicht, wie sie die Bundesbahn sanieren soll, damit nicht

immer neue Milliarden-Zuschüsse Löcher in den Bundeshaushalt fressen. Es fehlt ein zukunftsorientiertes Konzept für die Energie- und Forschungspolitik, das sicherstellt, daß auch andere Energieträger als die Atomspaltung sobald wie möglich zum Einsatz kommen können.

Personalpolitik

Auch darin ist sich die SPD/FDP-Regierung treu geblieben: Ministerien werden personell nicht so besetzt, daß sie ein Höchstmaß an Leistung erbringen, sondern so, daß sie ein Höchstmaß an Parteibuchkarrieren ermöglichen. Die Umbesetzungen im Bundesministerium für Arbeit und Soziales und im Bundespresseamt sind Beispiele dafür.

Gesetzesflut

In der Regierungserklärung von Bundeskanzler Schmidt sind Aussagen zu finden, die plötzlich nach dem 3. Oktober mit dem Wahlprogramm der CDU und CSU übereinstimmen. Dies betrifft z. B. die Forderung, die Gesetzesflut einzudämmen. Wie ist es jedoch damit zu vereinbaren, daß der Bundesjustizminister inzwischen einen Katalog vorgelegt hat, nach dem allein in seinem Bereich über 200 Gesetze und Verordnungen in der nächsten Zeit geändert werden sollen? Die Gesetzes- und Verordnungsinflation soll also ungebremst weitergehen, ohne Rücksicht auf die Bürger, die den Stand der Gesetzgebung gar nicht mehr überblicken können.

Auch scheint es diese Regierung nicht zu stören, daß sie durch eine solche Politik die öffentliche Verwaltung immer teurer macht. Beamte müssen nämlich immer mehr Zeit darauf verwenden, sich über neue Rechtsnormen für ihr Handeln zu informieren — Zeit, die sie sonst zur Arbeit für die Bürger verwenden könnten. Folglich kann entweder weniger für die Bürger getan werden, oder es müssen zusätzliche Beamte, die zusätzliche Personalkosten verursachen, eingestellt werden, damit die Leistungen für die Bürger erhalten bleiben.

Innere Sicherheit

Daß der Schutz der Sicherheit der Bürger im Innern nicht zu den starken Seiten dieser Regierung gehören würde, zeigte sich bereits bei der Regierungserklärung. In ihr wurden neue Verfahrensregeln angekündigt, die es Verfassungsfeinden noch leichter als bisher machen würden, in den öffentlichen Dienst zu kommen. So soll ein 17- oder 18jähriger junger Mann ohne Schwierigkeiten Beamter beim Bundesgrenzschutz werden können, selbst wenn er bereits seit Jahren in kommunistischen Jugendorganisationen aktiv ist.

Bei der Verhaftung des Terroristen Abu Daud in Paris hat die SPD/FDP-Regierung die politische Brisanz des Falles offensichtlich nicht erkannt und daher nicht in vollem Umfang Maßnahmen getroffen, die eine Rechtsverfolgung sichergestellt hätten.

Im Fall Maihofer/Traube hat diese Regierung bewiesen, daß sie energisches Handeln für die innere Sicherheit nicht in Einklang zu bringen vermag mit rechtsstaatlichem und parlamentarisch kontrolliertem Handeln.

Zur Bekämpfung des Terrorismus forderte die CDU seit Jahren ein Gesetz, das die Überwachung der Gespräche zwischen Terroristen und ihren Verteidigern ermöglichte. Ein entsprechender Gesetzentwurf der Union wurde von der SPD/FDP jedoch abgelehnt. Die Berichte über Abhörfälle bei den Terroristen in Stuttgart-Stammheim sind ein eindeutiger Beweis, daß nur mit diesem Mittel verhindert werden konnte, daß weitere Terroranschläge bei uns verübt wurden. Hätte die SPD/FDP nicht das von der Union vorgeschlagene Gesetz blockiert, hätten die Minister von Baden-Württemberg eine klare Rechtsgrundlage für ihr Handeln gehabt und brauchten sich nicht auf den Notstandsparagraphen des Strafgesetzbuches zu berufen.

Die Versäumnisse im Bereich der inneren Sicherheit lassen sich nicht dadurch kaschieren, daß der Bundesinnenminister Pläne über zentrale Einsatzgruppen einer Bundespolizei in die Welt setzt. Solche Pläne mögen publikumswirksam sein, alle Fachleute jedoch sagen, daß sie letztlich wirkungslos sind.

Verteidigungspolitik

Der für die äußere Sicherheit zuständige Minister hat die ersten 100 Tage dieser Legislaturperiode ebenfalls nur sehr angeschlagen überstanden. Dazu haben die Affären um die Generäle Krupinski und Franke sowie um den MAD beigetragen. Dabei wurde auch deutlich, daß am Stuhl des Verteidigungsministers von den Linken seiner eigenen Partei kräftig gesägt wird.

Der Beitrag der SPD/FDP zur Verteidigungspolitik bestand in der Einbringung eines Gesetzentwurfs zur Aussetzung des Anerkennungsverfahrens für Wehrdienstverweigerer. Dies läuft praktisch auf eine Abschaffung der Wehrpflicht hinaus, zumal nicht für jeden Wehrdienstverweigerer ein Zivildienstplatz vorhanden ist. Dies geschieht in einer Zeit, in der die internationale Sicherheitslage ernster denn je geworden ist. Wenn die Bundesregierung den wachsenden Rüstungsanstrengungen des Ostens schon keine vergleichbaren ansteigenden Haushaltsmittel entgegenzusetzen kann, sollte gerade jetzt das gefährlich wachsende militärische Ungleichgewicht zwischen Ost und West auch nicht durch die bloße Vermutung weiter zu

unseren Ungunsten verschoben werden, in der Bundesrepublik Deutschland würde die allgemeine Wehrpflicht abgebaut oder ausgehöhlt.

Deutschlandpolitik

Besonders bedenklich ist die Entwicklung der Deutschlandpolitik. Sie ist in den letzten 100 Tagen auf einem Tiefpunkt angelangt. Dies waren die Ereignisse: Ausweisung des Journalisten Loewe, Kontrolle der Besucher unserer Ständigen Vertretung in Ost-Berlin, neue Straßenbenutzungsgebühren für den Besuch Ost-Berlins, Einreiseverweigerung für Besucher der Leipziger Messe, ständig neue Verstöße gegen den Viermächtestatus in Ost-Berlin. Hierzu gehören: Visumszwang für Ausländer, keine Kontrollen mehr zwischen Ost-Berlin und der DDR, unmittelbare Geltung der DDR-Gesetze in Ost-Berlin, keine Unterschiede mehr zwischen Volkskammerabgeordneten aus Ost-Berlin und der DDR. Höhepunkt dieser Vertragsbrüche war die Äußerung des sowjetischen Botschafters in Ost-Berlin, das Viermächte-Abkommen gelte nicht für diesen Teil der Stadt.

Alles dies wurde begleitet durch dauernde Drohungen der DDR gegenüber West-Berlin, insbesondere bezüglich der im Viermächte-Vertrag garantierten Bundespräsenz in West-Berlin. Die SPD/FDP-Regierung steht all dem völlig hilflos gegenüber. Sie läßt Maßnahmen der DDR auf sich zukommen, ohne auch nur den Ansatz eigener Vorstellungen für ihr politisches Handeln erkennen zu lassen. Lediglich der Ständige Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin, Staatssekretär Gaus, konnte sich nicht versagen, politisch törichte und schädliche Gedanken zur deutschen Staatsbürgerschaft öffentlich zu äußern.

3. Der Kanzler sieht tatenlos zu

Die ersten 100 Tage dieser Regierung sind gekennzeichnet von Führungslosigkeit. Beispiel dafür ist die Stellungnahme der Bundesregierung zu den Tarifabschlüssen im Metallbereich. Der Bundeswirtschaftsminister hielt sie zunächst für zu hoch; der Bundesfinanzminister begrüßte sie, revidierte aber später seine Aussage mit dem Hinweis, ihm habe der Überblick gefehlt; dann wieder erklärte Staatssekretär Schlecht den Abschluß mit dem Lohneckwert des Jahreswirtschaftsberichts für unvereinbar; schließlich nahm der Bundeswirtschaftsminister seine erste Äußerung wieder halb zurück und führte aus, daß zu niedrige Abschlüsse gefährlich seien. Diesem Hickhack seiner Regierungsmitglieder schaute SPD-Kanzler Schmidt tatenlos zu. Kein klärendes Wort von ihm.

Auch bei der ersten Lesung des Bundeshaushalts war vom Bundeskanzler nichts zu hören. Bei internen Besprechungen drängte der Bundeskanzler die Ministerpräsi-

dentem, die Energieversorgung durch Kernkraftwerke sicherzustellen. Als es zu politischen Auseinandersetzungen darüber kam, war vom Bundeskanzler nichts zu hören. Erst am Vorabend der Demonstration in Brokdorf verkündete er im Fernsehen seine Ablehnung von gewalttätigen Demonstrationen. Als stellvertretender SPD-Vorsitzender ist es dem SPD-Kanzler jedoch auch nicht gelungen, seine Parteifreunde in Schleswig-Holstein von seiner eigenen Energiekonzeption zu überzeugen.

Die Maßnahmen des amerikanischen Präsidenten zum Kampf für die Menschenrechte auch in Osteuropa hielt der Bundeskanzler für gut. Eigene Aktivitäten in dieser Richtung ließ er jedoch vermissen.

Schließlich hat dieser Kanzler in den letzten 100 Tagen keine Aktivitäten erkennen lassen, um die Lage der Weltwirtschaft zu verbessern. Heute gibt es nicht einmal bescheidene Ansätze, einen eigenen Beitrag zur Verbesserung der weltwirtschaftlichen Lage und der Weltwirtschaftsordnung zu leisten. Ebenso wenig ist er der europäischen Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland gerecht geworden. Von diesem Kanzler und seinen Ministern sind keine Impulse für die Lösung der Probleme innerhalb der Europäischen Gemeinschaft und für die Einigung Europas ausgegangen.

Fazit:

In seiner Regierungserklärung vom 16. Dezember 1976 sagte SPD-Kanzler Schmidt: „Eine Regierung ist nicht unfehlbar.“ Dem ist voll zuzustimmen. Eine Regierung allerdings, die in den ersten 100 Tagen nur Fehler vorzuweisen hat, sollte das Handtuch werfen. Sie ist für das Wohl der Bürger nicht mehr ertragbar.